

## Historikerstreit 2.0: Wer darf gedenken – und wie?

**Wir sollten verstanden haben, dass es in Auschwitz zwar geendet, aber nicht begonnen hat.**

Und uns muss klar sein, dass die Geschichte des Holocaust nicht zur Ausgrenzung anderer oder zur Abwertung ihrer Leiden taugt. Über koloniale Verbrechen, Achille Mbembe und den Historikerstreit 2.0, der gerade mit Vehemenz geführt wird.

Zur Erinnerung an den 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz-Birkenau fanden in Israel und Polen knapp hintereinander zwei Gedenkveranstaltungen statt. Die erste in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, 50 Staats- und Regierungschefs nahmen daran teil. Die zweite, wenige Tage später, vor dem ikonischen Torhaus zum Vernichtungslager Birkenau, ebenfalls mit zahlreichen internationalen Gästen. Ein weiterer Beleg für die erfolgreiche globale Institutionalisierung des Holocaust-Gedenkens? Tatsächlich handelte es sich um zwei miteinander konkurrierende Veranstaltungen – auf Grund eines Streits, wer bei welcher Gelegenheit sprechen dürfe: Zeichen des äußerst heftig geführten „Memory War“ zwischen Polen und Russland um den Zweiten Weltkrieg, seine Vorgeschichte, polnischen Antisemitismus und russische Nachkriegspolitik.

Zum Gedenken an das Kriegsende im Mai veröffentlichte dann der deutsche Außenminister Heiko Maas gemeinsam mit dem Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Andreas Wirsching, einen Text im „Spiegel“: „Allein Deutschland trägt die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust. Wer daran Zweifel sät und andere Völker in eine Täterrolle drängt, der fügt den Opfern Unrecht zu“, hieß es da. Der in Kanada lehrende polnische Historiker Jan Grabowski schrieb in der israelischen Tageszeitung „Haaretz“ eine entrüstete Erwiderung: Dass deutsche Politiker und Akademiker die ausschließliche Verantwortung übernehmen wollen, sei ja ehrenwert, doch solch eine Position erlaube es anderen europäischen Ländern, sich vollkommen frei von Mittäter- und Komplizenschaft darzustellen. Konkret verwies er dabei auf die derzeitige Geschichtspolitik von Staaten wie Polen und Ungarn.

Wiederum einige Monate später, anlässlich des Gedenkens an die Novemberpogrome, luden die Vereinten Nationen zu einer Diskussion mit dem Titel „Holocaust Education in Crisis?“. Immer mehr Untersuchungen machen deutlich, dass es nicht gut bestellt ist um die Kenntnis historischer Sachverhalte und Zusammenhänge. Solche Umfragen kennen wir auch in Österreich: vor allem, aber nicht nur SchülerInnen und Jugendliche können Antisemitismus nicht definieren, kennen keine Opferzahlen oder Tatorte und auch keine relevanten Akteure und Akteurinnen außer Adolf Hitler, Oskar Schindler und Anne Frank. Haben Wissenschaft und Pädagogik, Universitäten, Schulen und Gedenkstätten also versagt – auch angesichts des Anstiegs antisemitischer und rassistischer, illiberaler und antidemokratischer Tendenzen?

Gleichzeitig wird nach der Tötung von George Floyd durch Polizisten in Minneapolis letzten Mai weltweit wieder die mörderische Gegenwart und Alltäglichkeit von Rassismus diskutiert. Im Zuge der BlackLivesMatter-Demonstrationen kam es in vielen Ländern zu Attacken auf Denkmäler – von Sklavenhändlern, Sklavenhaltern und Kolonialherren.

Hervorgegangen ist daraus auch eine intensive Debatte darüber, welche Geschichten unreflektiert im öffentlichen Raum sichtbar sind, welcher Personen öffentlich gedacht wird und welche Perspektiven dabei ausgeblendet bleiben – vor allem die Gewaltgeschichte des Kolonialismus und die Erfahrungen der Opfer.

Geschichtspolitik und Erinnerungskultur sind wieder in der Diskussion, keineswegs abgekühlt, sondern heiß, mit hohem Konfliktpotenzial. Passend dazu läuft im deutschen Feuilleton eine immer heftiger geführte Debatte, die schon als „2.0“ bezeichnet wurde: die Diskussion um den kamerunischen Historiker Achille Mbembe, einer wichtigen Stimme des Postkolonialismus, übersetzt in zahlreiche Sprachen, Träger einer Reihe prestigeträchtiger Auszeichnungen. Er hätte im Sommer 2020 die Eröffnungsrede bei der Ruhrtriennale halten sollen. Doch bevor dieses Festival coronabedingt abgesagt wurde, forderte ein FDP-Politiker, Mbembe müsse eingeladen werden: Er habe nicht nur Israels Umgang mit den Palästinensern, sondern auch den Holocaust mit dem südafrikanischen Apartheidsystem verglichen und unterstütze zudem die Boykott-Bewegung gegen Israel. Der Antisemitismusbeauftragte der deutschen Bundesregierung erklärte, ein Auftritt Mbembes sei politisch nicht tragbar, weil er den Holocaust relativiert und das Existenzrecht Israels infrage gestellt habe.

Im Historikerstreit Mitte der 1980er- Jahre – einem weitgehend bundesdeutschen Binnendiskurs, während Österreich mit der NS-Vergangenheit von Kurt Waldheim beschäftigt war – ging es um die Frage, ob die nazistischen nicht „nur“ eine Antwort auf sowjetische Massenverbrechen gewesen seien. Dass die Debatte über die Singularität des Holocaust aus Sicht der Geschichtswissenschaft wenig produktiv gewesen ist, scheint mittlerweile Konsens zu sein. Das heißt nicht, dass sie für das bundesrepublikanische Selbstverständnis kurz vor der „Wiedervereinigung“ irrelevant war. Unbestritten ist die Singularität jedenfalls nie gewesen. Und sehr rasch wurden ihr auch deutsche Opferdiskurse – Stichwort: Bombenkrieg und Vertreibungen – zur Seite gestellt.

Nun gilt es zu diskutieren, ob neben der institutionell abgesicherten Holocaust-Erinnerung noch Platz ist für die Verbrechen des Kolonialismus und die Geschichte,

aber auch Gegenwart des Rassismus. Mit dem Historikerstreit 1.0 – kurz vor dem Ende der kommunistischen Regime in Osteuropa – wurde die Konkurrenz zwischen nazistischen und stalinistischen Verbrechen vorweggenommen, die die europäische Erinnerungslandschaft in den letzten 30 Jahren geprägt und gespalten hat. Während diese innereuropäischen Konflikte fortwirken, wie an den zwei Auschwitz-Befreiungsfeiern zu sehen war, werden sie doch zunehmend überlagert und abgelöst vom globalen Konkurrenzverhältnis zwischen Holocaust und Kolonialverbrechen.

Die Konfliktlinien in der jetzigen Diskussion verlaufen jedoch nur teilweise zwischen Ländern inner- und außerhalb Europas, sondern vor allem mitten durch unsere hochgradig diversen, postmigrantischen Gesellschaften. Schon in den vergangenen zehn Jahren war unter der Überschrift „das Unbehagen an der Erinnerungskultur“ nicht nur über eine zunehmende Ritualisierung, Routinisierung und damit Entleerung des Holocaust-Gedenkens diskutiert worden, sondern es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob und wie dieses Gedenken Menschen einzubinden vermag, die zwar hier leben, aber keine familiäre Verbindung zur Geschichte des „Dritten Reichs“ haben. Mit dieser Frage hat sich der US-amerikanische Literaturwissenschaftler Michael Rothberg intensiv beschäftigt. Sein zum Klassiker avanciertes Buch „Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung“ aus dem Jahr 2009 ist gerade auf Deutsch erschienen, und so wird die Mbembe-immer mehr zu einer Rothberg-Debatte.

Indem er zeigt, wie antikoloniale Autoren wie W. E. B. DuBois und Aimé Césaire in den frühen 1950er-Jahren in ihrer Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Rassismus auf den Holocaust und die Geschichte des Antisemitismus Bezug nehmen, macht er Möglichkeiten und Vorbilder für ein sich gegenseitig befruchtendes und solidarisches Erinnern sichtbar. Erinnerung sei kein Nullsummenspiel, in dem unterschiedliche Gewaltgeschichten in Konkurrenz zueinander stehen und sich gegenseitig Aufmerksamkeit und Bedeutung rauben. Auch ihm wird nun vorgeworfen, den Holocaust zu relativieren.

Im deutschen Feuilleton geht es mittlerweile – mit keineswegs abklingender, sondern immer größerer Vehemenz – nicht mehr nur um die Einzigartigkeit oder Beispiellosigkeit des Holocaust, um das Verhältnis von Holocaust und Kolonialismus und überhaupt um die Bedeutung der Kolonialgeschichte, sondern auch um das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus sowie um postkoloniale Theorien und die Wissenschaftsfreiheit. Im Dezember 2020 begründeten die LeiterInnen zahlreicher großer deutscher Wissenschafts- und Kulturinstitutionen die „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ – unter Verweis auf den Grundgesetz-Artikel, in dem die Freiheit von Wissenschaft und Kunst garantiert wird. Sie fordern in ihrem Plädoyer, „marginalisierten und ausgeblendet Stimmen, die für kulturelle Vielfalt und kritische Perspektiven stehen“, Aufmerksamkeit zu schenken und Raum zu geben. Das im Februar 2021 in die Öffentlichkeit getretene „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ beklagt sich währenddessen über einen angeblichen Konformitätsdruck in der Forschung und Lehre. Dahinter steht das Gespenst einer „Cancel Culture“, über die man sich derzeit ebenso gerne aufregt bzw. lustig macht wie über sogenannte Gutmenschen, Political Correctness und eine gendergerechte Sprache.

Der postkolonialen Theorie wird inzwischen sogar eine strukturelle Nähe zum Antisemitismus vorgeworfen, analog dazu, dass Antisemitismus gerne als ein ausschließlich importiertes Phänomen beschrieben wird, dass sich nur in

migrantischen bzw. muslimischen Communities finde, aber nicht mehr bei der autochthonen Bevölkerung. Eine als wahnhaft beschriebene linke Identitätspolitik wird währenddessen von einigen Kommentatoren als gefährlicher und zerstörerischer angesehen als die Identitätspolitik von AfD oder den Identitären. Hineingezogen in den Zusammenhang wird auch die Debatte um die Rückgabe afrikanischer Kunstwerke in europäischen Museen. Auf der anderen Seite wird eine selbstgefällige „deutsche Erinnerungsüberlegenheit“ kritisiert, die glaubt, sie könne die gelungene Aufarbeitung der deutschen Massenverbrechen für sich reklamieren und die daraus eine moralische Überlegenheit ableitet.

Die Holocaust-Erinnerung wird derzeit an vielen Orten zur ethnischen Abschottungsideologie umfunktioniert, zum Argument für Doppelstandards und Rassismus – und nicht als Lehrstunde gegen Rassismus und Ausgrenzung und für Empathie und Inklusion verstanden. Diese Entwicklungen wurden von Gavriel Rosenfeld als „Aufstieg illiberaler Erinnerung“ beschrieben. Auch die Vereinnahmung von NS-Opfern wie Anne Frank und Sophie Scholl durch Rechtspopulisten und Corona-Leugner ist Teil dieses irritierenden Phänomens. Elemente solcher „illiberalen Erinnerung“ finden sich jedoch nicht nur in den neuen „illiberalen Demokratien“, die seit 2008 entstanden sind, sondern weit darüber hinaus. Eine exklusive Erinnerungskultur, die nicht-europäische Horizonte und Erfahrungen, vor allem auch die Gewaltgeschichte des Kolonialismus ausblendet, könnte sich allerdings als äußerst toxisch für unsere postmigrantischen Gesellschaften mit ihrer radikalen Diversität erweisen – eine Diversität, die immer noch nicht anerkannt wird, obwohl sie längst unser aller Alltag ist.

In Österreich gibt es übrigens keinen eindrucksvolleren Beleg für diese alltägliche Diversität als die Opferbilanz des Terroranschlags am 2. November 2020 in einem Ausgehviertel in Wien, unmittelbar vor den Toren des jüdischen Stadttempels: Unter den vier Toten und 23 Verletzten waren Österreicher und Österreicherinnen mit nordmazedonischer und chinesischer Abstammung, daneben Deutsche, Schweizer, SlowakInnen, eine Bosnierin, eine Chinesin, ein Luxemburger und ein Afghane. Die Frage, wie mit muslimischem Antisemitismus umgegangen werden kann, ist wichtig. Doppelstandards sollten allerdings keine Antwort darauf sein. Weder ist die Diskriminierung bestimmter Gruppen weniger dramatisch als die anderer, noch darf der Antisemitismus autochthoner Österreicher und Österreicherinnen ausgeblendet werden. Am 27. Januar das hohe Lied des Holocaust-Gedenkens anzustimmen, kann auch nicht als glaubwürdig gelten, wenn in der folgenden Nacht in Österreich geborene Kinder aus Flüchtlingsfamilien mit Polizeigewalt außer Landes gebracht werden. Ebenso wenig, wie sich geschlossene Grenzen für Flüchtlinge mit Lehren aus der Geschichte des Holocaust in Einklang bringen lassen. Wenn wir den Holocaust nur von seinem Ende her denken, dann wird ein „Wehret den Anfängen!“ nicht mehr funktionieren. Die Lehre aus dem historischen Geschehen ist ja gerade, wachsam zu sein. Und wir sollten verstanden haben, dass es in Auschwitz zwar geendet, aber nicht begonnen hat. Gleichzeitig muss klar sein, dass die Geschichte des Holocaust nicht zur Ausgrenzung anderer oder auch nur Abwertung ihrer Leiden taugt.

*Dirk Rupnow ist Universitätsprofessor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und derzeit Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät. Rupnow ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Wiener Wiesenthal Instituts für*

*Holocaust-Studien VWI und forscht zur Geschichte des Holocaust, zu Migration und Diversität sowie Fragen von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik.*